

IMMER EINE GUTE WAHL: EUROPAWAHL 2019

HINTERGRUND

2019 haben rund 400 Millionen EU-BürgerInnen die Wahl: Wer zieht für sie als Abgeordneter ins neue EU-Parlament ein? Vom 23. bis 26. Mai 2019 findet zum neunten Mal die Europawahl statt. In Deutschland dürfen alle BürgerInnen ab 18 Jahren am Sonntag, den 26. Mai darüber entscheiden, welche 96 Abgeordneten für die nächsten fünf Jahre der europäischen Volksvertretung angehören werden.

Die Europawahl ist eine wichtige Gelegenheit, die Richtung der EU-Politik bis 2024 mitzubestimmen: Denn die Europäische Union prägt maßgeblich die Politik in den Mitgliedstaaten. Rund 80 Prozent aller Umweltgesetze haben beispielsweise ihren Ursprung in Brüssel. Das Europäische Parlament ist die einzige Institution der EU, die die europäischen BürgerInnen direkt vertritt. Deutschland stellt mit fast einem Siebtel die meisten Abgeordneten im Parlament. Die Deutschen haben daher großen Einfluss auf Abstimmungen zu wichtigen Gesetzgebungen.

PARTEIEN UND FRAKTIONEN IM EU-PARLAMENT

Seit der Europawahl 2014 verteilen sich die [96 deutschen Plätze auf 15 Parteien](#), die sich acht Fraktionen angeschlossen haben.

Die 29 Abgeordneten der CDU und die 5 Abgeordneten der CSU haben sich der [EVP-Fraktion](#) (Fraktion der Europäischen Volkspartei - Christdemokraten) angeschlossen, die mit 219 Abgeordneten die größte Fraktion bilden. Die 27 Abgeordneten der SPD sind der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament ([S&D](#)) angegliedert. Die drei Abgeordneten der FDP und eine Abgeordnete der Freien Wähler haben sich der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa ([ALDE](#)) zugeordnet. Die sieben deutschen ParlamentarierInnen der Linken sowie der Parteilose Stefan Bernhard Eck (vormals Tierschutzpartei) sind der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke ([GUE-NGL](#)) angeschlossen. Der Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz ([Grüne/EFA](#)) haben sich die elf deutschen Grünen sowie je ein/e Abgeordnete/r der Ökologisch-Demokratischen Partei und der Piratenpartei angeschlossen. Der rechtspopulistischen Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie ([EFDD](#)) gehört ein Abgeordneter der AfD an. Die von Frauke Petry initiierte Blaue Partei hat einen Abgeordneten, der sich der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit ([ENF](#)) angeschlossen hat. Die fünf Abgeordneten der Liberal-Konservativen Reformer und ein Abgeordneter der Freien Wähler sind Mitglieder der Fraktion der EU-kritischen und rechtspopulistischen Europäischen Konservativen und Reformisten ([EKR](#)). Martin Sonneborn (Die Partei) und ein NPD-Abgeordneter sind fraktionslos. Mit 71 Abgeordneten der EKR, 45 der EFDD und 35 der ENF hat das Parlament deutlich mehr RechtspopulistInnen, Rechtsextreme und EuropaskeptikerInnen als je zuvor. Die Befürchtung ist, dass sich dieser Trend 2019 fortsetzt.

RECHTLICHER RAHMEN

2019 findet die Europawahl zum zweiten Mal gemäß dem [Vertrag von Lissabon](#) statt. Seit Inkrafttreten des Vertrags Ende 2009 hat das Europäische Parlament insgesamt an Kompetenzen und somit auch an Bedeutung gewonnen. Ein einheitliches Wahlrecht existiert auf europäischer Ebene nicht. Mittlerweile gilt aber das Prinzip der [Verhältniswahl](#) für alle Mitgliedstaaten.



Zahl der Sitze pro Land

Das Parlament soll in seiner neunten Legislaturperiode von 2019 bis 2024 [705 Abgeordnete umfassen](#). Das sind 46 weniger als nach der letzten EU-Parlamentswahl 2014. Denn mit dem avisierten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU werden die 73 Sitze der britischen Abgeordneten frei. 27 Sitze werden dann auf [14 Mitgliedstaaten](#) verteilt, die bislang im Parlament unterrepräsentiert waren. Die übrigen 46 gehen in eine Reserve. Das Europäische Parlament wird dann weniger Abgeordnete als der Deutsche Bundestag ([derzeit 709 Abgeordnete](#)) haben. Auch nach dem Brexit schickt Deutschland unverändert [96 Abgeordnete](#) nach Straßburg und ist damit das Land mit den meisten VertreterInnen im Parlament. Sollten die Briten wegen eines erneuten Referendums oder Neuwahlen mehr Zeit als Ende März bzw. der Konstituierung des neuen Parlaments Anfang Juli brauchen, müssten sie Europawahlen durchführen.

Voraussichtlich 2024 Sperrklausel in Deutschland

Im November 2011 hatte das Bundesverfassungsgericht die Fünf-Prozent-Hürde bei den Europawahlen als verfassungswidrig erklärt. Auch die vom Bundestag 2013 beschlossene Drei-Prozent-Hürde für die Europawahl hat das Verfassungsgericht im Februar 2014 als unrechtmäßig beurteilt. Der Wegfall der Sperrklausel erleichtert den Einzug von Abgeordneten rechtspopulistischer und europaskeptischer Parteien ins Europaparlament. Aber auch andere kleine Parteien wie die Tierschutzpartei oder „Die Partei“ profitieren. Denn nun reichen den Kleinstparteien in Deutschland [weniger als ein Prozent](#) der Stimmen, um ein Mandat im EU-Parlament zu erlangen.

Allerdings haben sich Rat und EU-Parlament 2018 geeinigt, eine [Sperrklausel zwischen drei und fünf Prozent](#) der abgegebenen Stimmen einzuführen. Dies solle dazu beitragen, die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments zu erhalten und gleiche Bedingungen für die Erringung eines Mandats herzustellen. Doch eine europaweite Sperrklausel wird frühestens bei der Europawahl 2024 eingeführt. Die Regeln müssen allerdings zuerst in nationales Recht übertragen werden. Diese Entscheidung liegt nun beim Bundestag und gegebenenfalls beim Bundesverfassungsgericht.

WAHLLISTEN

Die WählerInnen in Deutschland haben eine Stimme, die sie einer Partei geben. Die deutschen Parteien treten wie 2014 mit geschlossenen [Bundeslisten](#) an. Allein die CDU und CSU werden [Landeslisten](#) aufstellen. Die Listen der Kandidatinnen und Kandidaten werden auf den Parteitag abgestimmt.

CDU/CSU - EVP

Die [CSU](#) hat für Bayern ihre Kandidatenliste festgelegt. An der Spitze der CSU-Liste befinden sich alt bekannte Gesichter wie Manfred Weber, Angelika Niebler, Markus Ferber und Monika Hohlmeier, die bereits Mitglied des Europäischen Parlaments sind. In den restlichen 15 Bundesländern [Baden-Württemberg](#), [Sachsen-Anhalt](#), [Schleswig-Holstein](#), [Niedersachsen](#), [Berlin](#), [Bremen](#), [Rheinland-Pfalz](#), [Saarland](#), [Hamburg](#), [Mecklenburg-Vorpommern](#), [Sachsen](#), [Thüringen](#), [NRW](#), [Brandenburg](#) und [Hessen](#) fanden auch bereits die Listenparteitage statt. Die Landesliste zur Europawahl 2019 in Baden-Württemberg wird von den bisherigen Europaabgeordneten Rainer Wieland, Daniel Caspary, Andreas Schwab, Norbert Lins und Inge Gräßle angeführt. An der Spitze der Landesliste der CDU Nordrhein-Westfalen stehen mit Peter Liese, Markus Pieper, Sabine Verheyen, Axel Voss und Dennis Radtke ebenfalls derzeitige Mitglieder des Europäischen Parlaments auf den aussichtsreichen Plätzen. Auch in Niedersachsen haben mit David McAllister und Jens Gieseke zwei Europaparlamentarier große Chancen, wieder ins Europäische Parlament einzuziehen. In Hessen belegen Sven Simon (neu) und der MdEP Michael Gahler die ersten Plätze. In Sachsen können auch Peter Jahr und Hermann Winkler mit einem Wiedereinzug ins Europäische Parlament rechnen. Ebenfalls



Chancen auf einen nochmaligen Einzug ins Europaparlament haben Werner Kuhn aus Mecklenburg-Vorpommern und Christian Ehler aus Brandenburg. Die Liste der CDU in Berlin führt Hildegard Bentele an, Christine Schneider in Rheinland-Pfalz, Marion Walsmann in Thüringen, Niclas Herbst in Schleswig-Holstein und Roland Heintze in Hamburg. Auch diese neuen Gesichter haben aussichtsreiche Chancen, ins Europäische Parlament einzuziehen. Bei der Europawahl 2014 schafften es 34 deutsche Abgeordnete der CDU/CSU ins EU-Parlament.

SPD - S&D

Die Sozialdemokraten treten zur Europawahl 2019 in Deutschland mit einer [geschlossenen Bundesliste](#) an. Auf der [Europadelegiertenkonferenz der SPD](#) wurden Justizministerin Katarina Barley als deutsche Spitzenkandidatin und der Europaabgeordnete Udo Bullmann auf den zweiten Platz gewählt. Auch die EuropaparlamentarierInnen Maria Noichl, Jens Geiger, Bernd Lange, Birgit Sippel, Dietmar Köster, Ismail Ertug, Constanze Krehl, Tiemo Wölken, Petra Kammerevert, Evelyne Gebhardt, Martina Werner, Joachim Schuster und Knut Fleckenstein haben gute Chancen, wieder gewählt zu werden. Bei der Europawahl 2014 zogen 26 deutsche Abgeordnete der SPD ins Europaparlament ein.

Bündnis 90 / Die Grünen – Greens/EFA

Die Grünen haben bereits im November ihre [Listenkandidaten und Doppelspitze](#) für die Europawahl mit Ska Keller (MdEP) und Sven Giegold (MdEP) auf die ersten beiden Listenplätze der Bundeswahlliste gewählt. Auch Terry Reintke, Reinhard Bütikofer und Martin Häusling haben gute Chancen, wieder ins Europäische Parlament einzuziehen. Bei der Europawahl 2014 zogen 11 grüne deutsche Abgeordnete ins EU-Parlament ein.

Die Linken – GUENGL

Die Partei Die Linke stellt zur Europawahl auch eine Bundeswahlliste auf. Die Linken haben Özlem Alev Demirel aus Nordrhein-Westfalen und Martin Schirdewan (MdEP) aus Berlin als Spitzen-Duo für die Europawahl nominiert. Die EuropaparlamentarierInnen Cornelia Ernst, Helmut Scholz sowie Martina Michels haben gute Chancen, wieder ins Europäische Parlament gewählt zu werden. Bei der Europawahl 2014 zogen 9 linke deutsche Abgeordnete ins EU-Parlament ein.

FDP - ALDE

Die Freien Demokraten haben auf ihrem Europaparteitag am 27. Januar ihre [Listenplätze](#) für die Wahl zum Europäischen Parlament bestimmt. Spitzenkandidatin wurde Nicola Beer, gefolgt von der Hamburgerin Svenja Ilona Hahn. Auf Anfang November hat die Fraktion verkündet, ein Bündnis mit der Partei von Emmanuel Macron „En Marche“ zu bilden. Möglicherweise könnte es dadurch zu der Aufstellung eines Teams an SpitzenkandidatInnen kommen, da dies von Macron gefordert wurde.

AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat am 14. Januar 2019 auf ihrer Europawahlversammlung in Riesa über ihre Bundeswahlliste abgestimmt. An der Spitze stehen Jörg Meuthen und Guido Reil. Auf den sieben vorderen [Listenplätzen](#) stehen nur Männer. Bei der letzten Europawahl zogen sieben Kandidaten der AfD ins Europäische Parlament ein. Sechs dieser MdEP haben sich der EKR (Europäischen Konservativen und Reformisten) angeschlossen.

[Tierschutzpartei](#), [Piraten](#), [Ökologisch-Demokratische Partei \(ÖDP\)](#), [Freie Wähler](#), [die Partei](#), [NPD](#)

Da es auch bei der letzten Wahl keine Prozenzhürde gab, konnten deutsche Abgeordnete kleinerer Parteien in das Europäische Parlament einziehen. Diese haben sich bis auf die Partei und die NPD



Fraktionen angeschlossen. So stärken die Piratin [Julia Reda](#) sowie [Klaus Buchner](#) von der ÖDP die [Fraktion der Grünen – Freie Europäische Allianz](#). [Stefan Eck](#) zog 2014 als einziger erfolgreicher Kandidat der Tierschutzpartei ins Europäische Parlament ein und wurde Mitglied der GUE/NGL-Fraktion. Mittlerweile ist er parteilos.

Bei der Europawahl 2009 sind etwa ein Drittel der deutschen EU-ParlamentarierInnen erstmals ins EU-Parlament eingezogen. Zwei Drittel waren schon zuvor im EU-Parlament. Bei der Europawahl 2014 war etwa die Hälfte der deutschen Abgeordneten neu im EU-Parlament.

Für die Europawahl 2019 [fordert das EU-Parlament](#) die Erstellung von KandidatInnenlisten bis spätestens 12 Wochen vor der Europawahl, einen gleich hohen Anteil männlicher und weiblicher KandidatInnen auf den Wahllisten der Parteien und ein europaweit einheitliches Mindestalter (vorzugsweise 16, wie in Österreich). Das [Plenum lehnte allerdings im Februar 2018](#) den Vorschlag für transnationale Wahllisten ab, aufgrund derer sich KandidatInnen EU-weit hätten aufstellen und so in allen Mitgliedstaaten hätten gewählt werden können. Die Ablehnung wurde damit begründet, dass es zum demokratischen Grundgedanken gehöre, gewählte Abgeordnete zu kennen und Rechenschaft einfordern zu können.

SPITZENKANDIDATINNEN UND WAHL ZUR/M KOMMISSIONSPRÄSIDENTIN

Wie bereits bei der Wahl 2014 treten die Parteien 2019 mit europäischen SpitzenkandidatInnen an, die den Wahlkampf anführen sollen. Der Kandidat oder die Kandidatin der Partei mit der meisten Unterstützung im EU-Parlament soll dann neuer KommissionspräsidentIn werden. Bis 2014 haben die Staats- und Regierungschefs eineN KandidatIn bestimmt, den/die das Parlament dann nur rein formal absegnen musste. Das [EU-Parlament hat im Februar 2018 beschlossen](#), nur KandidatInnen für das Amt der KommissionspräsidentIn zu akzeptieren, die als SpitzenkandidatInnen ihrer Parteien in den Europawahlkampf gezogen sind. Auf dem [informellen Europäischen Rat im Februar 2018](#) haben die Staats- und Regierungschefs daran erinnert, dass laut Lissabon-Vertrag allein der Europäische Rat für die Benennung der KommissionspräsidentIn zuständig ist, unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die [EU-Kommission hatte vorgeschlagen](#), dass bis Ende 2018 jede europäische politische Partei [ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin für das Präsidentschaftsamt](#) der Kommission benennen soll.

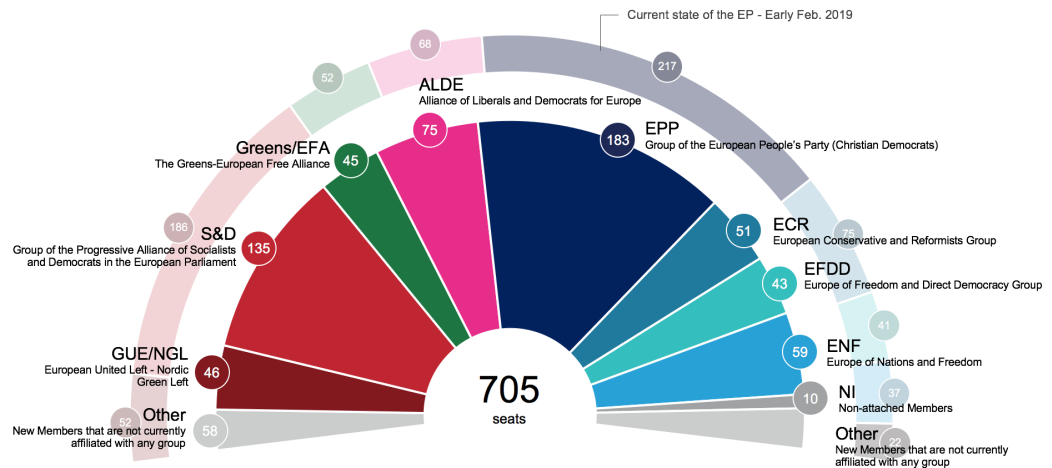
[Spitzenkandidaten der Europäischen Parteien](#)

Manfred Weber (CSU) ist der europäische Spitzenkandidat seiner konservativen Parteienfamilie, der Europäischen Volkspartei (EVP). Der europäische Spitzenkandidat der Sozialdemokraten (S&D) ist der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, der aus den Niederlanden kommt. Die Grüne Ska Keller tritt gemeinsam mit Bas Eickhout als SpitzenkandidatInnen-Duo der europäischen Grünen an. Violeta Tomič und Nico Cué bilden die Doppelspitze der europäischen Linken. Jan Zahradil ist Spitzenkandidat der Allianz der Konservativen und Reformer in Europa (AKRE). Für die Freie Allianz tritt Oriol Junqueras als europäischer Spitzenkandidat an.

Vorzugsweise Anfang 2019 sollen die Parteien auch das eigene politische Programm des Kandidaten oder der Kandidatin bekannt machen. 2014 hat der damals designierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erst im Juni dem Europäischen Rat seine [zehn Prioritäten für Jobs, Wachstum und Wettbewerb](#) präsentiert, die weder Umwelt noch Nachhaltigkeit umfassen. Der ehemals als Spitzenkandidat für die EVP gehandelte und Brexit-Verhandler Michel Barnier hatte als [Toppriorität für Europa „Green Europe“](#) angegeben.

PROGNOSEN FÜR DIE EUROPAWAHL 2019

Das EU-Parlament hat Mitte Februar eine [erste Prognose zur Sitzverteilung](#) im künftigen Plenum veröffentlicht. Die Europäische Volkspartei (EVP) kommt der Datenlage zufolge auf nur 183 Sitze. Derzeit hält sie 217 Sitze. Die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) stürzt von aktuell 186 auf 135 Sitze ab. Damit würden EVP und S&D ihre absolute Mehrheit verlieren. Auch den Grünen (von 52 auf 45 Sitze) und den Linken (von 52 auf 46) drohen Verluste. Stimmengewinne können die liberale ALDE-Fraktion (von derzeit 68 auf 75 Sitze) sowie die europaskeptische Fraktion der „Europäischer Konservativen und Reformisten“ (EKR, von 51 auf 75 Sitze) verbuchen. Ebenso legen die europafeindlichen Fraktionen EFDD (Europa der Freiheit und Direkten Demokratie) und ENF (Europa der Nationen und Freiheit) zu.



Quelle: www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190218IPR26703/

Auch Politico hat Wahlprognosen für [Deutschland](#) und [EU-Weit](#) veröffentlicht. Danach werden in Deutschland die Grünen mit 17 Sitzen nach der CDU/CSU (28 Sitze) die zweitstärkste Partei, gefolgt von SPD (16 Sitze) und AfD (13 Sitze). Laut der Prognose bekommen FDP und Linke jeweils 9 Sitze, während auf die Kleinstparteien vier Sitze fallen (Stand:XY).

WAHLPROGRAMME

Für die Europawahl haben fast alle deutschen Parteien ihre Wahlprogramme verabschiedet. Lediglich das Wahlprogramm der CDU/CSU und das der SPD werden voraussichtlich Ende März erscheinen. Der SPD-Parteivorstand hat allerdings bereits einen [Leitantrag](#) „Kommt zusammen und macht Europa stark“ veröffentlicht. Das Europawahlprogramm der FDP will [Europas Chancen nutzen](#). Bündnis 90/Die Grünen wollen [Europas Versprechen erneuern](#). Die Linke setzt sich ein [„Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre“](#). Auch die [AfD](#) hat ein Wahlprogramm verabschiedet.

Bis auf die EVP (CDU/CSU) haben bereits alle europäischen Parteienfamilien ihre Wahlprogramme veröffentlicht. Die S&D (SPD) wirbt mit [„A New Social Contract for Europe“](#) (SPD). Die ALDE (FDP) setzt sich ein für [„Freiheit, Chancengleichheit, Wohlstand: die liberale Vision für Europas Zukunft“](#). Das Manifesto der Europäischen Grünen verspricht [„Time to renew the promise of Europe“](#), außerdem haben die Europagrünen [Prioritäten für 2019](#) gesetzt.



FORDERUNGEN DER UMWELTVERBÄNDE

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat gemeinsam mit 87 Mitgliedsorganisationen Forderungen zur Europawahl 2019 erarbeitet. Sie liegen auf [Deutsch](#) und [Englisch](#) vor. Darin fordern sie, dass die EU in den kommenden fünf Jahren einen ökologischen, sozialen und politischen Umbau einleiten und voranbringen muss. Denn es gilt, die Lebens- und Produktionsgrundlagen der über 500 Millionen Menschen in Europa zu erhalten und zu verbessern. Die Forderungen sind in [Kurzbotschaften](#) zusammengefasst. Anfang April startet die Wahlkampagne der deutschen Umweltverbände #natürlichEuropa. Der Deutsche Naturschutzring stellt auf seiner Plattform www.umweltcheck-ep.de/ die 96 deutschen EU-Parlamentarierinnen und EU-Parlamentarier des jetzigen Parlaments vor und vernetzt sie mit NGOs aus der Umweltszene. Auch der NABU hat seine [Forderungen zur Europawahl](#) veröffentlicht. Das Bündnis Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat in seinem [Newsletter](#) Kampagnen zur Europawahl vorgestellt. Die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) sowie ihre Spitzenverbände aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Jugend, Umwelt- und Verbraucherschutz und Bürgerschaft sind erstmals in einem [Aufruf zur Europawahl](#) vereint. Auch der Deutsche Naturschutzring ist Unterzeichner. Die „Green 10“, der Zusammenschluss der zehn größten europäischen Umweltdachverbände in Brüssel, haben Anfang September 2018 ein [Wahlmanifest für die Europawahlen 2019](#) veröffentlicht. Darin enthalten sind zehn „grüne Gewinnerpfade“ für ein Europa, das Umwelt und Menschen an erste Stelle setzt.

WAHLBETEILIGUNG

Die Wahlbeteiligung bei den letzten beiden Europawahlen 2009 und 2014 lag in der EU bei 43 bzw. 42,6 Prozent, in Deutschland bei 43,3 bzw. bei 48,1 Prozent.

Das ist deutschland- und europaweit eine um etwa 20 Prozent geringere Wahlbeteiligung als bei der ersten Europawahl 1979 – und dass, obwohl Bedeutung und Machtbefugnisse des Parlaments seither deutlich gewachsen sind. Zum Vergleich: Bei der letzten Bundestagswahl 2017 haben 76,2 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Eine niedrige Wahlbeteiligung gefährdet die Demokratie und führt zum Auftrieb der extremen linken und rechten Ränder. Am 26. Mai 2019 finden in Deutschland voraussichtlich auch Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie die Bezirksversammlungswahlen in Hamburg statt. Gleichzeitig sind auch Parlamentswahlen in Belgien, Litauen und Dänemark anberaumt. Deshalb besteht in diesen Ländern die Hoffnung auf eine höhere Wahlbeteiligung.

ABLÄUFE NACH DER WAHL

Im Juni 2019 konstituieren sich die europäischen Fraktionen. Auch geben alle Mitglieder des neuen Europäischen Parlaments bekannt, welchen Ausschüssen sie angehören wollen. Dann treffen sich zum ersten Mal die neu gebildeten Ausschüsse des Parlaments und wählen ihre jeweiligen Vorsitzenden. Im in der ersten und dritten Juliwoche finden die erste Plenarsitzungen des neuen Parlaments statt. Das Parlament wählt voraussichtlich im Juli auf Grundlage der Nominierungen des Europäischen Rates (der europäische Rat tagt am 20. Juni) den/die KommissionspräsidentIn. Im August schlägt diese/r sein/ihr Team aus KommissarInnen vor. Im September stellen sich die designierten KommissarInnen in Anhörungen dem Europaparlament. Am 31. Oktober endet die Amtszeit der jetzigen EU-Kommission. Die neue EU-Kommission nimmt ab 1. November die Arbeit auf.

WEITERE INFOS

Das EU-Parlament hat eine eigene Wahlkampagne gestartet: [Diesmal wähle ich - Wahlkampagne](#). Außerdem hat es eine Infoseite [Europawahl 2019](#) und einen Überblick [Das tut die EU für mich](#) veröffentlicht.